

Die letztere bitten wir unter Beifügung der gezeichneten Beträge gegen Empfangnahme der Tafelkarten nach dem Rathause, 1. Obergeschloß, Zimmer 14,

bis zum 23. d. s. Mts.

zurückzusenden.

Der Rat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Beutler."

Präsident: Die Einzeichnungsliste liegt in der Kanzlei aus.

(Nr. 232.) Petition der städtischen Kollegien zu Radeberg um Gewährung einer laufenden Unterstützung aus Staatsmitteln für die dortige städtische Realschule.

(Nr. 233.) Protokoll-Extrakt der Zweiten Kammer, betreffend Allgemeine Vorberatung über den Antrag Rüder und Genossen, Aufhebung des § 19 des Ergänzungsteuergesetzes betr.

Präsident: Beide Nummern an die zweite Deputation.

Wir gehen über zur Tagesordnung: „Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 27 und 28 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten und Ablösung der dem Domänen-Etat nicht angehörigen Lasten sowie Abfindungszahlungen bei Rechtsstreitigkeiten betreffend (Drucksache Nr. 21), und Allgemeine Debatte zum Staatshaushalts-Etat für die Finanzperiode 1904/05.“

(Vergl. M. II. R. S. 371 f.)

Ich bitte den Herrn Referenten, seinen Vortrag zu beginnen.

Berichterstatter Rittergutsbesitzer Dr. von Wächter: Ich habe die Ehre, heute über Kap. 27 und 28 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05 zu berichten. Da aber auf der heutigen Tagesordnung außerdem die Allgemeine Finanzdebatte steht, so beabsichtige ich, das Einverständnis des hohen Hauses natürlich vorausgesetzt, den weiteren Bericht über diese Kapitel erst am Schlusse der heutigen Verhandlungen aufzunehmen.

Präsident: Ich frage, ob das hohe Haus damit einverstanden ist, daß die Verhandlung über die Kap. 27 und 28 erst am Schlusse stattfindet? — Einstimmig.

Ich eröffne nunmehr die Etatdebatte und bemerke geschäftsordnungsmäßig, daß sich zum Worte gemeldet haben die Herren Oberbürgermeister Geh. Finanzrat a. D. Beutler, Dr. Pfeiffer, Dr. von Wächter, Geh. Kommerzienrat Waentig, Geh. Kommerzienrat Hempel, von Trebra-

Vindenau, Oberbürgermeister Dr. Beck, Oberbürgermeister a. D. Geh. Rat Dr. Georgi, Graf von Brühl und Kammerherr Graf von Key-Zedlitz.

Ich erteile zunächst dem Herrn Oberbürgermeister Beutler das Wort.

Vizepräsident Oberbürgermeister Beutler: Meine hochgeehrten Herren! Gestatten Sie mir, daß ich die kurzen Bemerkungen, die ich in der Allgemeinen Beratung des uns vorliegenden Staatshaushalts-Etats zu machen habe, mit einem ebenso kurzen Rückblicke einleite!

Meine Herren! Diejenigen von Ihnen, die bereits lange Jahre in diesem hohen Hause sitzen, wissen, daß schon in den 80er und 90er Jahren von hervorragenden Seiten in diesem Hause auf möglichste Sparsamkeit bei Aufstellung des Budgets und namentlich auch bei Ausführung der Staatsbauten gedrängt worden ist. Ich darf erinnern an die Anträge, die namentlich unter Führung des seligen Kammerherrn von Burgk hier zur Debatte gekommen sind. Namentlich aber in den Jahren, die die Budgetperioden 1898/99 und 1900/01 betrafen, ist in diesem hohen Hause mehrfach ausführlich und in längerer Debatte über die nötige Sparsamkeit, die sowohl im ordentlichen, als namentlich im außerordentlichen Budget künftig zu beobachten sei, debattiert worden. Ich darf dabei insbesondere an eine Erklärung erinnern, die namens der zweiten Deputation ihr erlauchter damaliger Vorsitzender hier abgegeben hat und deren wesentlichster Inhalt in folgenden Worten enthalten ist, deren Verlesung ich mir zu gestatten bitte. Sie lautete: Man

„erhofft von der hohen Kammer, daß sie der Deputation in dem Bestreben folgen werde, welches darauf gerichtet ist, die Bedürfnisse der Staatsverwaltung nicht in steigendem Maße auf die Anleihe zu verweisen und so die Verzinsung und Tilgung der notwendigen Summen der Zukunft zu überlassen, sondern, soweit eine Deckung der Staatsbedürfnisse bei sparsamer und vorsichtiger Finanzverwaltung durch die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Einnahmen nicht möglich sein sollte, durch entsprechende, vielleicht nur zeitweilig nöthig werdende Steuererhöhungen auszugleichen und so die Finanzen des sächsischen Staates gesund zu erhalten.“

In der darauffolgenden ausführlichen Debatte sind diese Gedanken des weiteren ausgeführt worden. Es ist namentlich alles das aufgezählt worden, was nach Ansicht der Deputation auf spätere Zeit verschoben werden konnte, und es ist dargelegt worden, wie es wünschenswert sei, daß bei Aufstellung des Budgets an die in den Jahren 1876/77 zwischen der Staatsregierung und den Ständen vereinbarten Grundsätze wieder angeknüpft werde,